

VICEKANZLER
DR. REINHOLD MITTERLEHNER
Bundesminister

bmwfw

Bundesministerium für
Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

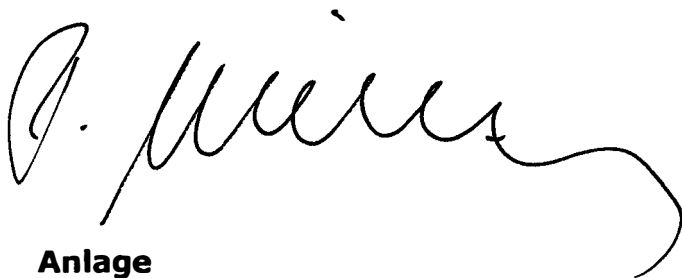
Wien, am 18. August 2015

Geschäftszahl:
BMWFW-10.107/0010-IM/a/2015

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Beilage übermittle ich Ihnen die Stellungnahme meines Ressorts zur Bürgerinitiative Nr. 70 betreffend "Freies Gewerbe für den Damen- & Herrenkleidermacher" mit dem höflichen Ersuchen um entsprechende weitere Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage



**Stellungnahme des Bundesministeriums
für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
zur Bürgerinitiative Nr. 70 "Freies Gewerbe für
den Damen- & Herrenkleidermacher"**

Derzeit läuft die so genannte Transparenzinitiative auf der Grundlage der Berufs-
anerkennungsrichtlinie (Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufs-
qualifikationen, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU). Im Rahmen
dieser Initiative müssen die Mitgliedstaaten ihre durch Qualifikationsvorschriften
reglementierten Berufe der Europäischen Kommission melden und rechtfertigen.
Die Prinzipien für diese Rechtfertigung sind in der Berufsanerkennungsrichtlinie
enthalten; sie sind auf die entsprechende Judikatur des Europäischen Gerichtshofs
zurückzuführen. Die bei der Europäischen Kommission eingegangenen
Meldungen werden durch andere Mitgliedstaaten und durch die Europäische
Kommission selbst evaluiert.

Das Ergebnis der Transparenzinitiative, die noch bis Anfang des nächsten Jahres
läuft, wird die Grundlage für eine präzise Beurteilung von bestehenden
Reglementierungen im Qualifikationsbereich bieten. Es ist zu erwarten, dass das
Ergebnis des europäischen Evaluierungsprozesses deutlich zeigen wird, ob und
inwieweit es zweckmäßig oder - aus europäischer Sicht - sogar geboten ist,
derzeit reglementierte Gewerbe zu freien Gewerben umzugestalten, oder ob die
Aufrechterhaltung der Reglementierung im Hinblick auf Sicherheit, Gesundheit,
Konsumentenschutz oder auch im Hinblick auf die Erhaltung der dualen
Aus-bildung gerechtfertigt ist.